

Mehr Wachstum?

Prof. Dr. Helmut Kramer, Donau-Universität Krems

Keine Frage: Höheres Wirtschaftswachstum als in den vergangenen vier Jahren hätte geringere Arbeitslosigkeit, geringere Budgetprobleme, geringere Reformwiderstände, auf längere Sicht weniger Sorgen über die Alterung der Bevölkerung bedeutet. Wir befinden uns im fünften Jahr einer EU-Wirtschaftsflaute.

Stabilität und Wachstum sind nun die Vorgaben. Richtig! Doch das, was mit Wachstum erreicht werden soll, bleibt merkwürdig verschwommen. Und wie man es generieren könnte, erst recht. Karl Aiginger hat einmal gesagt: „Wenn eine Gesellschaft kein Wachstum will, wird sie es auch nicht bekommen.“ Das trifft den Kern des politischen Dilemmas. Seit der naive Fortschrittsglaube der Nachkriegszeit verloren gegangen ist, wird Wachstum gefordert. Aber wird es auch gewollt? Ist die oberste gesellschaftliche Priorität nicht in Wahrheit: „Es soll nicht schlechter werden“? Dann tut sich Wachstumspolitik mit ihrer Argumentation etwas schwer.

Dazu kommen noch die verbreiteten Missverständnisse über den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung, zwischen Wachstum und Globalisierung oder zwischen Wachstum und Zeit für die Familie.

Wirtschaftswachstum kann sehr unterschiedlich ausgeprägt sein: Es kann Arbeitszeit sparen oder Arbeit brauchen, es kann Umwelt und Rohstoffe schonen, ja sogar einsparen oder auch noch mehr davon brauchen, es kann den wirtschaftlichen Stoffwechsel (Rohstoffe, Energie, Verarbeitung, Konsum, Recycling) beschleunigen oder bremsen. Es kann Gift für die Umwelt oder für die Kultur sein, oder auch eine solide Basis für deren Erhaltung und Entwicklung. Letztlich hängt das von den Präferenzen der Bevölkerung ab, die sie mit ihrer Kaufkraft auf dem Markt und mit ihrem Stimmzettel bei der Wahl manifestieren (sollte).

Wenn man beim Begriff Wachstum an noch mehr Autos, digitales Spielzeug, überfüllte Supermarktregale, Verkehrsstaus, Satellitenprogramme oder gar Kalorien denkt, dann ist Wachstum in der Tat sehr fragwürdig, kaum ein vertretbares Ziel. Sicher, ein Teil der Gesellschaft hat auch davon zu wenig, tut sich schwer, Bekleidung, Unterrichtsbedarf und Fahrscheine für die Kinder zu bezahlen, lebt sehr beengt und unter gesundheitlich bedenklichen Umständen. Mit einem halben Prozent des Brutto-Sozialprodukts, also einer Milliarde Euro, ließe sich dem fürs Erste abhelfen. Aber was dann? Noch mehr privater Verbrauch, Fun und Events aus dem neuen, noch glänzenderen Einkaufs=Freizeitzentrum am Stadtrand?

Es gibt Dinge, die niemand im Supermarkt kaufen kann. Dafür reichen Geld und Einfluss selbst Reicher kaum. Und die wir brauchen, um die Zukunft zu sichern und höhere Lebensqualität zu erreichen. Ich will gar nicht von so hochwertigen Dingen wie Gerechtigkeit, Frieden, Menschenwürde (in Afrika, in Afghanistan, in Tschetschenien!) oder gar von höheren geistigen Ansprüchen sprechen. Zu solchen Zielen kann das Wirtschaftswachstum an sich nicht verhelfen.

Ich meine, das Postulat Wirtschaftswachstum muss sich an den Zielen unserer Gesellschaft messen lassen und augenfälliger gemacht werden. Politik muss Visionen zur Diskussion stellen, die weiter reichen, als den Steuerpflichtigen etwas mehr Kaufkraft im Geldbörstel lassen zu wollen.

Wir stehen vor dem noch nicht gelösten Problem, wie wir ohne Einbußen an Wohlstand und ohne schwere gesellschaftliche Erschütterungen die Epoche der demografischen Alterung bestehen können. Das Problem wäre jedenfalls leichter lösbar, wenn unser Sozialprodukt höher wäre.

Also Wachstum, um uns Ruhestand, Gesundheitsdienste, Pflege leisten zu können. Wir haben noch viel zu wenig getan, um die Erwärmung der Atmosphäre wenigstens zu bremsen. Viele Wohnhäuser der Nachkriegszeit sind noch nicht thermisch saniert. Also: Wachstum, um weniger Energie in die Luft zu blasen – und weniger vom Sibiriengas abhängig zu sein. Oder: vor kurzem wurde in der Augenmedizin ein Forschungsprojekt nicht weiter finanziert, dessen Ergebnisse Aussicht hatten, eine relativ seltene, aber bisher unheilbare Erblindung vermeiden zu können. Argument: daran erkranken nur ganz wenige Promille der Bevölkerung, die Behandlung wäre zu teuer. Wäre es nicht ein lohnendes Ziel für Wirtschaftswachstum, auch in diesen selteneren Fällen vor Erblindung sicher zu machen?

Ruft hier ein Wirtschaftsexperte nach mehr Staat? Nein. Der Staat muss das alles nicht selbst besorgen. Fast alles, was wir als sinnvoll ansehen, könnte vom Markt besser und billiger angeboten werden als von der Staatsverwaltung. Nur muss der Staat, muss die Politik dafür sorgen, dass Marktkräfte sich entfalten können, dass Marktlücken geschlossen und Marktunvollkommenheiten behoben werden. Vor allem muss die Politik versuchen, mit dem Volk über Visionen in einen Dialog zu treten, wo Österreich, wo Europa in zehn Jahren sein könnten, wo sie sein und wo sie nicht sein möchten. Der Wachstumspolitik gebricht es an Fantasie.

(Die Presse, 10. 6.2006)